



Arbeitsuchende auf dem Bahnhof Kanton: 120 Millionen Bauern ohne Beschäftigung und demnächst 50 Millionen Arbeiter ohne Stellung

CHINA

# Vor dem Sturm

Die Asienkrise erfaßt die Volksrepublik: Gerüchte über eine drohende Abwertung der Währung, Korruption, Massenarbeitslosigkeit und Bauernrebellion schüren Unruhe. Der Parteichef warnt vor einem „breiten sozialen Aufstand“.

**Z**um Neujahrstag sandte die Stadtverwaltung von Changsha ihren Bürgern einen ungewöhnlichen Gruß: Streng geahndet würden im Jahr 1999 „Angriffe auf Staatsorgane und Verkehrsblockaden“.

So stand es in der staatseigenen „Wirtschaftszeitung“, auch die offizielle Begründung – mehr als 60mal hätten Demonstranten, Arbeitslose ohne Arbeitslosengeld, voriges Jahr den Strom der Autos und Busse in der Stadt lahmgelegt.

Changsha ist die Hauptstadt von Hunan, Geburtsprovinz eines Lehrers, welcher Chinas Bauern einst zur Revolution führte und siegte: Mao Tse-tung, der Staatsgründer. Die Massen, die ihn emportrug, haben aber nicht mitgesiegt – noch leben in China 850 Millionen auf dem Lande. Jeder dritte Ernährer ist ohne Arbeit, ohne Lohn.

Nach Maos Tod 1976 war es ein Bauernaufstand, der die Auflösung der Kollektivwirtschaften erzwang. Der Glückliche, der heute ein Reisfeld und einen Ochsen besitzt, sieht sich jedoch korrupten Funktionären ausgeliefert, die auf eigene Faust einen Zehnten verlangen, ungesetzliche Steuern erheben, Boden samt Inventar kassieren. Widerspenstige finden keinen Abnehmer mehr für Ernte und Vieh, beziehen Prügel oder landen hinter Gittern.

In der Provinz Anhui etwa bezahlte ein Getreideverwaltungsleiter, der sich den schönen Posten gekauft hatte, Ablieferungen der Bauern nur unter dem staatlichen Festpreis. Die Differenz steckte er ein. 130 000 bestechliche Polizisten wurden voriges Jahr bestraft, gegen fast ebenso viele Beamte ermittelte der Staatsanwalt.

Im Süden, in Dashi, protestierten 100 Landleute vor dem Rathaus, weil die Stadt ihren Acker einfach verkauft hatte. Im Dorf Minan ließen Kader den Bauern Luo Changrong, der 300 Yuan an Gebühren (60 Mark, ein Monatseinkommen) nicht hatte zahlen wollen, totschiessen. Mit dieser „faschistischen“ Untat hatten sie laut Lokalzeitung „das Ansehen der Regierung schwer beschädigt“ – wie wahr.

Nie zuvor gab es in der Volksrepublik China so viele Attentate auf Polizeioffiziere wie im letzten Jahr. In ganz China zählte 1998 ein Parteibericht über 10 000 Zwischenfälle, bei denen in Städten und Dörfern die Erniedrigten Widerstand übten – bis hin zur Straßenschlacht. Im Jahr davor hatte sich in den Provinzen Jiangxi und Hubei gar eine halbe Million gegen die „Land-Tyrannen“ der Partei erhoben.

Am 6. Januar dieses Jahres sprengte ein Unbekannter in der Provinz Liaoning einen Bus in die Luft (19 Tote), bald darauf tat in Changsha ein Bauer dasselbe (4 Schwerverletzte), und wieder einer warf am vorigen Montag in der Hunan-Provinz eine Bombe in ein Regierungsbüro (8 Tote). Ein Anschlag richtete sich gegen die Bahnlinie Peking-Kanton. Letzten Freitag fand die Polizei eine Bombe im Zentrum von Shenzhen.

In einem Dorf in der Nähe von Changsha hatten sich acht Tage nach dem städtischen Ruhe-und-Ordnung-Befehl 3000 Bauern zum Marsch auf die Behörden versammelt. Sie waren organisiert, von einer illegalen „Gesellschaft für Steuersenkung und zur Rettung des Vaterlandes“.

Gegen sie gingen 1000 Polizisten mit Schlagstöcken und Tränengas vor, ein Mann kam ums Leben, als ihn ein Gasgeschloß traf. Am nächsten Tag setzten die Bauern ihre Demonstration fort, 500 Soldaten kamen und nahmen 110 Protestler fest.

Einen Sonntag lang herrschte trügerische Ruhe in der Provinz; am Montag, dem 11. Januar, sperrten 500 Arbeiter der staatlichen

Baumwollfabrik wegen Unterschlagung ihrer Löhne eine zentrale Brücke in der Großstadt Changde.

Das ist es, was die regierende Partei am meisten fürchtet: daß der Massenunmut vom Lande sich mit Auflehnung der Arbeiter verbindet. In vielen Städten kam es vergangenes Jahr zu spontanen Kundgebungen gegen Entlassungen und Lohnraub. Ein Streik in der Provinz Sichuan richtete sich gegen die Fabrikdirektoren: „In den letzten 15 Jahren haben sie nichts getan, außer die Fabrik Stück für Stück zu verschern. Sie wurden dadurch immer reicher, während wir nicht mal unsere Grundlöhne bekamen.“

Die Beschwerden der Arbeiter über ihre Chefs wurden laut der Hongkonger „South China Morning Post“ ganz konkret: „Sie leben in Villen mit kugelsicherem Glas, fahren tolle Autos und vergnügen sich in Nachtclubs mit Frauen. Wir aber können es uns nicht einmal leisten, uns ordentlich zu ernähren.“

Partei- und Staatschef Jiang Zemin, 72, erteilte im Dezember seinen Genossen eine alarmierende Warnung: Demonstrationen von Arbeitern könnten den „Zündstoff für einen breiten sozialen Aufstand“ liefern. „Infiltration und Subversion“ seien „im Keim zu ersticken“.

Ihn hatte geschockt, daß in 14 Provinzen eine „Demokratische Partei Chinas“ mit etwa tausend Mitgliedern ihre Registrie-



Handelszentrum Schanghai: Die meisten neuen Immobilien stehen leer



Bauern-Revolutionär Mao Tse-tung (1954)  
Die Massen haben nicht mitgesiegt

rung beantragt hatte. Ein Manifest dieser ersten Oppositionspartei in der Volksrepublik China prangerte die Mißstände an – die maßlose Bereicherung vieler Funktionäre und ihrer Familienmitglieder, die Mißachtung der elementaren Rechte von Arbeitern und Bauern, die illegale Privatisierung und zugleich das korrupte Abschöpfen der selbständigen Unternehmer,

denen jetzt erst der Volkskongreß ihr Eigentum in der Verfassung garantieren will.

Wie ihre Genossen im Ostblock vor zehn Jahren verwarf die – neben den Kommunisten in Nordkorea – letzte alleinregierende KP die Chance, mit einer verfassungstreuen Alternative die Unzufriedenheit im Volke aufzufangen und die neue Partei als Nothelfer politischer Reformen zu nutzen. Obwohl sich die neue Partei zum Parlamentarismus bekannte und gegen Straßenproteste wandte, sicherte die Pekinger Nomenklatura rasch und streng ihr Machtmonopol. Drei Anführer der Demokraten gingen im Dezember für mehr als ein Jahrzehnt ins Gefängnis.

Jiang Zemin hatte im vertrauten Kreis orakelt, dieses Jahr könne es zu Unruhen wie 1989 kommen, als sich allein in Peking eine Million Menschen versammelten und wider die Parteidiktatur artikulierten – bis die Panzer kamen.

Die Herrschenden werden nervös. Wie ihr Volk sind sie Zahlengläubige und sehen einen historischen Trend in dem Umstand, daß in China das Datum revolutionärer Jahre stets mit einer 9 endet: 1919 erfaßte eine noch immer populäre Massenbewegung, anfangs gegen den Versailler Vertrag gerichtet, Chinas Städte und stiftete revolutionäres Nationalbewußtsein.

1949 rief Mao seine Volksrepublik aus, 1959 erhoben sich die Tibeter – und 1989, eben auf dem Tiananmen, die Pekinger: Da denkt jedermann an eine Reprise.

Das, was Kommunisten die objektive Bedingung für einen Aufstand nennen, steht schon ins Haus – eine Wirtschaftskrise mit Massenarbeitslosigkeit. Die Regierung will binnen drei bis fünf Jahren die noch immer mammothafte Staatsindustrie entweder verkaufen oder bankrott gehen lassen. Jeder zweite der 120 000 Betriebe schreibt Verluste. Sie belaufen sich insgesamt auf eine Billion Mark und wachsen immer wei-

ter. Die Unternehmen überleben mit Krediten, deren Zinsen oftmals die Personalkosten übersteigen.

Von den rund 100 Millionen Arbeitern in Staatsfirmen müssen 50 Millionen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen, obwohl Kommunisten ihnen einst Unkündbarkeit versprochen hatten. Unterstützung bei Arbeitslosigkeit aber gibt es in China nur in Ausnahmefällen; Wohnung, Arzt und Rente sind an den Betrieb gebunden – der womöglich demnächst schließt.

Da braut sich aufrührerisches Potential zusammen. Wenn die Volksrepublik politische Konzessionen versäumt, marschiert sie ähnlich ihren europäischen Bruderstaaten langsam, aber zielsicher in die Wirtschaftskatastrophe.

China vor dem Sturm: Eine wirtschaftliche Wende ist unausweichlich, der soziale Protest eskaliert, das Regime aber scheut eine Liberalisierung als Ventil. „Heute führt China eine der schlimmsten Kampagnen gegen politisch abweichende Meinungen seit 1989“, urteilt Sydney Jones, Asien-Direktorin von Human Rights Watch.

Die Regierung aber behauptet, so der Sprecher des Außenministeriums: „Chinas Menschenrechtssituation ist besser denn je.“ Hatten Pekings Propagandisten bislang auf garantierte soziale Rechte als Äquivalent für die politischen Grundrechte im westlichen Stil verwiesen, könnte der Protest der Arbeitslosen, 120 Millionen Bauern und bald Dutzenden Millionen Arbeiter, dieses System, das sich selbst belügt, in seinen Grundfesten bedrohen – mit Ausstrahlungen in die ganze Welt.

Denn die Krise trifft China, dessen Bruttoinlandsprodukt rund die Hälfte des deutschen erreicht, in einem Moment, da die ostasiatischen Wirtschaftsprobleme auf die Volksrepublik übergreifen. Die Wachstumsraten stagnieren. Die Exporte nach Südostasien sind seit der Abwertung der dortigen Währungen zu teuer geworden. Auch die Privatbetriebe mußten bereits eine Million Arbeiter entlassen. 70 Prozent der neuerrichteten Immobilien in Schanghai stehen leer. Die meisten der 240 staatlichen Finanzierungsgesellschaften Chinas sind offenbar notleidend. Die Gitic, Finanzierungsfirma der am weitesten entwickelten Küstenprovinz Guangdong, brach zusammen, und der Fiskus wollte oder konnte sie nicht mehr stützen.

Da testete die amtliche „China Daily“ die Reaktion der ausländischen Investoren mit der Überlegung, auch ein Abwerten des Yuan wäre keine „schlechte Sache“. Allein dieser Satz trieb Aktien- und Devisenhändler in Asien zu Panikverkäufen. Jiang Zemin und der Zentralbankchef wiegelten schleunigst wieder ab.



**Volkkongress in Peking (1997)\*: Recht auf Eigentum**

Aber die Asiaten erinnern sich: 1994 wertete China schon einmal den Yuan ab – um mehr als ein Drittel. Damit setzte die Volksrepublik ihre Billig-Konkurrenten wie Thailand stark unter Druck. Gleichzeitig brachte sie damit langfristig die Relation der Tiger-Währungen zum US-Dollar ins Wanken. Der Keim für die spätere Asienkrise, glauben manche Fachleute, war gesät.

Diesmal dürfte eine Yuan-Abwertung die Weltwirtschaft aber nicht erst in Jahren, sondern schon in Sekunden erschüttern. Das Schreckensszenario sieht so aus: Obwohl der Hongkong-Dollar an den Yuan nicht gebunden ist, ließe sich seine Kopplung an den US-Dollar kaum beibehalten. Diesmal könnten die Währungshüter der Ex-Kolonie den Angriff der Devisenspekulanten kaum abwehren; sie müßten auch den HK-Dollar abwerten.

Die Welt würde dann eine Neuauflage der Asienkrise erleben, nun allerdings mit viel dramatischeren Folgen: Um im Preiswettbewerb mithalten zu können, würden die Tigerstaaten gewiß ihre Währungen ebenfalls abwerten.

Ein Abwertungswettkampf wäre die Folge. Um die Kapitalflucht zu stoppen, müßten die Zentralbanken die Zinsen erhöhen. Eine globale Rezession wäre nicht auszuschließen. Schon jetzt zittern die Finanzmärkte vor einem Crash. Wie die Reaktion auf die Andeutung der „China Daily“ zeigt, könnte es im Ernstfall auch an der Wall Street und in Europa krachen.

Zwar spricht noch kaum etwas dafür, daß China wirklich den Schritt ins Verhängnis unternimmt: Anders als der thai-

ländische Bath oder der brasilianische Real ist der Yuan nicht frei konvertierbar. China verfügt zudem über Devisenreserven, die ebenso hoch sind wie seine Auslandsschulden. Voriges Jahr kletterte sein Handelsüberschuß immer noch auf 43,5 Milliarden Dollar. Doch schon jetzt stützt Peking Exportfirmen durch Steuernachlässe – um die Währung nicht abwerten zu müssen.

Wenn die Pekinger Bosse ihre feierlichen Schwüre, auf keinen Fall abzuwerten, Lügen strafen, verlieren sie ihr Gesicht. China würde das politische Ansehen aufs Spiel setzen, das es mit seiner Standhaftigkeit in Währungsdingen gewonnen hat. Vor allem würde es mit seinem Dumping einen Handelskrieg mit seinem größten Abnehmer USA riskieren.

Deshalb muß die Regierung der Welt auch innere Stabilität vorführen, solange es geht. In einem Geheimprozeß wurde der Dissident Zhang Shuang, 42, zu zehn Jahren Haft verurteilt, weil er einem Reporter von Radio Free Asia erzählt hatte, was in China kein Geheimnis mehr war: der Bauernaufbruch in der Provinz Hunan.

Immerhin räumte Chinas Paris-Botschafter schon ein: „Ja, es gibt Demonstrationen in China, das ist wahr.“ Die Geister, welche die Modernisierung der Wirtschaft ins Land ruft, wird China nicht mehr los: Kontakte mit Fremden und Rundfunksendungen aus dem Ausland öffnen die geschlossene Gesellschaft. Kopiergeräte in jedem Büro und auch EDV sind für den ökonomischen Fortschritt unerlässlich, erleichtern aber auch die Verbreitung des politischen Widerspruchs.

Wang Youcai, 32, Studentenführer vom Tiananmen 1989, wurde im Dezember eingesperrt, weil er 800 Dollar von Ausländern zum Kauf eines Computers angenommen hatte. Seine Demokratische Partei Chinas, deren Zulassung er im Juni als erster in Hangzhou beantragt hatte, ist im ganzen Land per Internet vernetzt.

In die USA emigrierte Landsleute, die Gesinnungsfreunde in der Heimat per E-Mail mit Informationen versorgen ([www.ifcss.org/ftppub/org/dck/index.html](http://www.ifcss.org/ftppub/org/dck/index.html)), belieferte der Schanghaier Computerunternehmer Lin Hai, 30, mit 30 000 chinesischen E-Mail-Adressen. Er wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

In China gibt es etwa vier Millionen Computer – dieses Jahr noch sollen 80 Prozent aller Behörden damit ausgestattet sein – und über zwei Millionen Internet-Adressen. Im ganzen Land eröffnen Internet-Cafés. Vorletzte Woche ordnete das hilflose Pekinger Informationsministerium ihre Registrierung beim Polizeirevier an, wegen der Gefahr eines Mißbrauchs für „Glücksspiele und Pornographie“. FRITJOF MEYER

\* Mit Parteichef Jiang Zemin (M.).